

Zur Sache **ANGEMERKT**

Juni / Juli 2022

Ein postuliertes Ziel der neuen Ampel-Politiker in Deutschland, vornehmlich der Grünen, war es nun mit ihnen eine wertegeleitete Politik zu betreiben. Zum Beispiel immer und überall in der Welt für die Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit zu streiten. Nicht zu schweigen, wenn hier Gefahr droht.

Grau ist alle Theorie

Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen

Julian Assange, der Gründer der Enthüllungsplattform soll an die USA ausgeliefert werden, wo ihm viele Jahre hinter Gittern drohen. Die internationale Debatte zum Thema Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit befasste sich auch in diesem Zusammenhang schon fünfeinhalb Jahren mit dem Fall Assange. Lautstark forderten dabei immer auch Grüne in Deutschland von der damaligen Regierung wirksame diplomatische Schritte zur Freilassung und Solidarität mit Assange zu unternehmen. Für die Werte Pressefreiheit und Menschenrechte stehe sehr viel auf dem Spiel!

Das war einmal. Solch Grüne „Werte“ von damals, hin oder her, man hat wohl keine Hand frei. Inzwischen geben in der etablierten Ampel-Regierung Grüne wie Baerbock, Habeck, Hofreiter... den Ton an. Zum Fall Assange ist angesagt ist: Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Für diese „Praktiker der Welt“ wichtiger, die Fälle in Russland, Weißrussland, China...

In der Sodann-Bibliothek in Staucha ist das Heinrich Heine- Zitat zu lesen: ***Die über Nacht sich umgestellt und sich zu jedem Staat bekennen, das sind die Praktiker der Welt, man könnte sie auch Lumpen nennen.*** Die kleine dort aufbewahrte und ausgestellte hölzernerne Tafel mit dem Heine-Aphorismen wurde am 17.1.1993 von Teilnehmern einer Berliner Diskussions-Runde handsigniert.

Gründe Heine, den Obrigkeits-Spötter immer wieder mal zu lesen, gibt's immer wieder.



Darin auch die 1992 von Teilnehmern einer Diskussionsrunde auf eine Holztafel in ihrem Berliner Lokal geschriebenen Worte von Heinrich Heine

Als 1989 Bücher aus der DDR mit LKW entsorgt werden sollten, empörte sich Peter Soda: Ihr werft eure Geschichte weg« – und rief dazu auf, die Bücher nicht zu vernichten, sondern aufzubewahren. Viele sind bis heute diesem Aufruf gefolgt. Inzwischen sind in Staucha bei Peter Sodann über 2,5 Millionen Bücher eingetroffen.

Peter-Sodann-Bibliothek eG "... wider dem vergehen" Thomas Müntzer Platz 8 01594 Staucha
Website: www.psb-staucha.de Email: info+@peter-sodann-genossenschaft.de Telefon: 035268/949574

Bei anderen gelesen...

Nils Melzer, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für Folter über die Abgründe der westlichen Demokratien im Fall Assange in einem Interview von Uli Kreikebaum in ndDER TAG 26.6.2022 (Zitat)

Wo nur das Recht des Stärkeren gilt



Weltweit demonstrieren, wie hier in Mexiko, Menschen für die Wahrung der Pressefreiheit und der Rechte des inhaftierten Journalisten und Herausgebers Julian Assange.

Foto: AFP/CLAUDIO CRUZ

Ihre Kritik an westlichen Staaten stand öffentlich immer stark im Fokus. Das hat Ihnen dann ebenfalls harsche Kritik eingebracht.

Die hartnäckige Unwilligkeit westlicher Demokratien, im eigenen Garten für Ordnung zu sorgen, war die größte Enttäuschung meiner Amtszeit. Wenn ich Länder wie Syrien, Iran und Saudi-Arabien mit Westeuropa vergleiche, dann sind wir natürlich auf ganz anderen Ebenen, was die Einhaltung der Menschenrechte betrifft: Hier gibt es im Grunde einen Rechtsstaat, der in alltäglichen Fällen meist tadellos funktioniert. Aber wenn es um politisch heikle Interessen geht, dann kann man sich auch bei uns nicht auf den Rechtsstaat verlassen. Die Regierungen beantworten meine Interventionen dann zwar freundlich, aber mit Ausflüchten. Im Assange-Fall hieß es stets, der Fall werde ja bereits von der Justiz beurteilt, da könne sich die Regierung leider nicht einmischen, und schon gar nicht in einem anderen Land. Wenn ich aber ja gerade wegen schwerster Justizwillkür interveniere, dann ist das Argument rechtsstaatlicher Gewaltenteilung natürlich reine Augenwischerei, um nicht eingreifen zu müssen.

Ist Ihr Vertrauen in westliche Demokratien also komplett kaputt?

Nein. Aber die Selbstwahrnehmung der westlichen Demokratien ist nicht realistisch. Sie haben sich so daran gewöhnt, die »Good Guys« zu sein, dass sie für die eigenen Unzulänglichkeiten blind geworden sind. Sie sind stolz auf ihre vorbildlichen Gesetze und Institutionen und wollen nicht wahrhaben, dass diese in Wirklichkeit eben oft nicht einwandfrei funktionieren. Wenn man diese Staaten mit klaren Beweisen für Misshandlung und Justizwillkür konfrontiert, dann mauern sie, anstatt zu sagen: Das müssen wir ernsthaft untersuchen und die notwendigen Maßnahmen treffen. Es ist ein bisschen wie bei einem Fußballteam: Die eigenen Spieler foulern nie, der Schiedsrichter ist ungerecht und es sind immer die Anderen schuld.

Auch viele große Medien, die stark von Wikileaks Daten profitiert haben, hielten sich bei der Berichterstattung über den Prozess eher zurück.

Es hat mich erschüttert, dass die freie Presse kein größeres Interesse daran hat, ihre eigene Existenz zu verteidigen. Der Fall Assange müsste medial ständig begleitet werden. Im deutschsprachigen Raum war das Interview im Schweizer Magazin »Republik« zu meinen Untersuchungsergebnissen ein wichtiger Wendepunkt – im angelsächsischen Raum hingegen bleibt die Berichterstattung bis heute extrem oberflächlich...Momentan ist weltpolitisch alles stark polarisiert. Dass der Krieg den Assange-Fall in der öffentlichen Wahrnehmung überschattet, ist in einer solchen Krisensituation verständlich. Das

Gruppendenken »Wir gegen die anderen« tritt stark zutage. Gerade die heutige Situation, in der es auf allen Seiten schwierig ist, Propaganda von Tatsachen zu unterscheiden, wäre aber auch eine Gelegenheit, die gesellschaftliche Bedeutung von Pressefreiheit, Transparenz und politischer Verantwortlichkeit in Erinnerung zu rufen, Werte also, welche durch die Kriminalisierung von Assange ganz fundamental bedroht werden.



Symbolpolitik in Kriegszeiten

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas bei Wolodymyr Selenskyi / Bundesaußenministerin Annalena Baerbock bei Wolodymyr Selenskyi / CDU -Chef Friedrich Merz bei Wolodymyr Selenskyi /

ARD /MDR ZDF Lieblingsgast Andrij Melnyk, ein sich in Deutschland als „Regierender Botschafter“ gebender Botschafter der Ukraine . *) Wie seiner Zeit Pjotr Andrejewitsch Abrassimow, Botschafter der Großen Sowjetunion in der DDR (1962-1971 + 1975-1983) in Berlin, auch als „Regierender Botschafter“ gefeiert (mehr oder weniger). Der gute Pjotr wollte auch bestimmen, was in seinem Gastland DDR zu tun und zu lassen ist.

Ist die Geschichte gerecht?

Alles, aber auch alles ist wohl auf der ganzen Zeitungsseite des nd vom 28.6.2022 zum Thema **Die Linke und der Ukraine-Krieg** / Auszug aus Beschluss des Erfurter Parteitages gesagt, klargestellt...

Doch der gewogene, immer auch auf Gerechtigkeit bedachte Leser aber fand NICHT Sätze wie:

„Nationalistische Kriegspropaganda, von welcher Seite auch immer, benennen wir und lehnen wir ab. Geschichts-Klitterungen werden von uns nicht hofiert.“

Vielleicht könnte solche Sätze ganz angebracht seine, als Orientierung in der hierzulande herrschenden Mediengesellschaft.

In der es zum abendlichen Ritual gehört, die Präsidentenforderung nach Waffen bzw. die Zensuren- Vergabe eines „Regierenden Botschafters“ zu hören. Und es zum Ritual gehört nach jeder vom ukrainischen Generalstab veröffentlichen 1. Kriegsbericht die Floskel anzufügen: Ist nicht objektiv zu überprüfen.

Zur Geschichte und zu Legenden las ich schon bei **Stefan Zweig (1881 -1942)** in „Sternstunde der Menschheit“ /1927:

Auch die Geschichte, auch sie, die leidenschaftslos sein sollte, klarsinnig und gerecht, auch sie neigt, wie die meisten Menschen, zur Seite des Erfolges, auch sie vergrößert noch nachträglich die Großen, die Sieger, und verkleinert oder verschweigt die Besiegten.... Legende aber ist immer, gerade durch das Verführerische, durch den Abglanz der Vollkommenheit, der gefährlichste Feind der Wahrheit, und darum ist es unsere Pflicht, sie ständig zu überprüfen und die eigentliche Leistung auf ihr historisches Maß zurückzuführen.

Paul Jattke

Israelische Botschaft wirft Melnyk Verharmlosung des Holocaust vor

Nunmehr und endlich können selbst westliche Diplomaten und Journalisten nicht mehr umhin, dem Botschafter der Ukraine eine Holocaustverharmlosung und aktive Bandera-Verehrung zu attestieren. Melnyk leugnet bewusst die Taten eines faschistischen Kollaborateurs, der an der Seite der Wehrmacht für die Ermordung von Landsleuten verantwortlich war. Gedeckt wird dieser provozierende und grobschlächtig agierende Mann im Dienste von Kiew von seinem Präsidenten. Keine Skrupel hat die Regierungsmannschaft sich mit Faschisten einzulassen und sie im Parlament zu "ehren".

Der ukrainische Präsidenten Selenskyj "ehrte" nicht nur Asow-Kämpfer öffentlich im Parlament, er ließ bei seinem Auftritt im griechischen Parlament Mitglieder des neonazistischen Regiments "Asow" sprechen. Trotz der seit langem bekannten Fakten erfolgt ein uneingeschränkter Schulterschluss durch die USA und ihrer europäischen Verbündeten mit Selenskyj, Melnyk und Co. Keine beleidigende Äußerung ist westlichen Politikern und Militärs groß genug sich nicht dennoch gegenseitig lächelnd zu umarmen und in der Erfüllung der Forderungen aus Kiew zu überbieten.

Die politische Heuchelei und regelbasierte Verdrängung sowie Leugnung des Faschismus scheint keine Grenzen mehr zu kennen, wenn es um den **Erhalt des Wertewestens und seiner Machtbündnisse** geht. **Von notwendigen und nennenswerten diplomatischen Aktivitäten zur Beendigung des Krieges ist nichts zu hören.** Es gab jüngst drei Gipfel, nur keinen für einen sofortiges Kriegsende und Frieden mit allen Beteiligten.

Vor diesem Hintergrund wundert es einen nicht mehr, wenn auf dem Parteitag der Linken dazu kein gewichtiges Wort gefallen ist, sich der Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag Bartsch für die Verwendung des zutreffenden Begriffs Faschismus im Fernsehen entschuldigt und der außenpolitische Sprecher Gysi dazu auch nichts Gewichtiges zu sagen hat.

Raimon Brede

3.7.2022



ABSICHTSERKLÄRUNG
Energiepartnerschaft mit Katar vereinbart
BERLIN – Im Ringen um mehr Unabhängigkeit von russischem Erdgas hat die Bundesregierung eine Energiepartnerschaft mit Katar geschlossen. Der Energieminister des Landes, Saad Sherida Al-Kaabi, und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) unterzeichneten am Freitag in Berlin dazu eine Absichtserklärung. Deutschland könnte voraussichtlich ab 2024 verflüssigtes Erdgas aus Katar beziehen. Auch die Zusammenarbeit bei grünem Wasserstoff, der mit Strom aus erneuerbaren Quellen gewonnen wird, soll vorangetrieben werden. |dpa

Sind er und die anderen von der deutschen Hüpfburg in ihrem Rausch so noch zu bremsen?



ANFRAGE an einen „Regierenden Botschafter“ namens Andrij, darf man in der BRD (im Sinne des EULENSPIEGEL) so fragen dürfen?